



Satzung

Kasseler Sportverein Hessen e.V.

KSV Hessen Kassel

**in der von der Mitgliederversammlung am 10.01.2008
beschlossenen und von der Mitgliederversammlung am
26.05.2010 geänderten Fassung**

Inhaltsverzeichnis

I	Der Verein	3
§ 1	Name, Sitz, Geschäftsjahr	3
§ 2	Vereinszweck und Aufgaben	3
§ 3	Gemeinnützigkeit	3
§ 4	Vereinsvermögen	4
§ 5	Verbandszugehörigkeit	4
II	Mitgliedschaft	5
§ 6	Mitglieder	5
§ 7	Erwerb der Mitgliedschaft	5
§ 8	Rechte und Pflichten der Mitglieder	5
§ 9	Dauer und Erlöschen der Mitgliedschaft	6
III.	Organe – Ausschüsse	6
§ 10	Vereinorgane	6
§ 11	Mitgliederversammlung	7
§ 12	Tagesordnung	8
§ 13	Wahlausschuss	9
§ 14	Aufsichtsrat	9
§ 15	Vorstand	10

Satzung

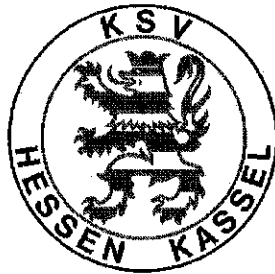
I. Der Verein

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der am 03. Februar 1998 gegründete und am 31. März 1998 in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Kassel eingetragene Verein führt den Namen *Kasseler Sportverein Hessen (KSV Hessen Kassel e. V.)*. Der Verein hat seinen Sitz in Kassel und ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Kassel unter der Registernummer 2893 eingetragen. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

Die Vereinsfarben sind Rot-Weiß

Das Vereinselement ist beim Deutschen Patentamt in München unter der Markennummer 306 44 619 registriert.



§ 2 Vereinszweck und Aufgaben

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein unterstützt und fördert die körperliche, geistige und charakterliche Bildung seiner Mitglieder – insbesondere der heranwachsenden Jugend – durch Pflege der Leibesübungen.
3. Zu diesem Zweck stellt der Verein seine Anlagen und Baulichkeiten seinen Mitgliedern im Rahmen der Vereinsordnung zur Verfügung.
4. Der Verein führt Veranstaltungen durch, in denen Sportlern die Gelegenheit gegeben wird, miteinander ihre Leistungen zu messen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

2. Mittel des Vereines dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Mitglieder dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten (§ 55 Abs. 1 Ziff. 1. AO)
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Der Verein ist politisch und weltanschaulich neutral.
5. Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Kassel, die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.
6. Der Verein ist berechtigt, durch Gründung einer Kapitalgesellschaft den Lizenzspielerbetrieb unter Beachtung der Richtlinien, Ordnungen und Satzungen des Deutschen Fußball-Bundes e.V. (DFB) und des Ligaverbandes auszugliedern, mit der gleichzeitigen Verpflichtung, mindestens 51% der Gesellschaftsanteile in seinem Besitz zu halten.

§ 4 Vereinsvermögen

1. Die Mitglieder der Organe des Vereins und seiner Gremien, mit Ausnahme des hauptamtlichen Vorstandes, erhalten für die Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben keine Vergütung.
2. Der Verein ist berechtigt, zur Durchführung seiner Aufgaben haupt- und nebenamtlich beschäftigte Kräfte einzustellen.
3. Die Belastung von Grundstücken und/oder grundstücksgleichen Rechten des Vereins bedarf der Zustimmung der Mitgliederversammlung mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der erschienenen Mitglieder.
4. Bei Auflösung des Vereins oder Beendigung der Mitgliedschaft steht den Mitgliedern kein Anspruch auf das Vereinsvermögen zu.

§ 5 Verbandszugehörigkeit

1. Der Verein ist Mitglied des DFB, der zuständigen Landes- und Fachverbände sowie bei Klassenzugehörigkeit des Ligaverbandes.
2. Satzungen und Ordnungen des DFB in ihrer jeweiligen Fassung sind für den Verein und seine Mitglieder kraft dieser Satzung ebenfalls unmittelbar verbindlich. Dies gilt insbesondere für die DFB-Satzung, DFB-Spielordnung, DFB-Rechts- und Verfahrensordnung, DFB-Schiedsrichterordnung, DFB-Jugendordnung, DFB-Trainerordnung und die Durchführungsbestimmungen Doping mit den dazu erlassenen sonstigen Aus- und Durchführungsbestimmungen. Die Verbindlichkeit erstreckt sich auch auf die Entscheidungen bzw. Beschlüsse der zuständigen Organe, Rechtsorgane und Beauftragten des DFB, insbesondere auch, soweit Vereinssanktionen gemäß § 44 DFB-Satzung verhängt werden. Der Verein und seine Mitglieder sind insoweit der Vereinsstrafgewalt des DFB, die durch die vorstehend genannten

Regelungen und Organentscheidungen einschließlich der Vereinssanktionen ausgeübt wird, unterworfen. Die Unterwerfung erfolgt insbesondere, damit Verstöße gegen die vorgenannten Bestimmungen und Entscheidungen verfolgt und durch Sanktionen geahndet werden können. Der Verein überträgt zu diesem Zweck zudem seine eigene und die ihm von seinen Mitgliedern überlassene Strafgewalt dem DFB.

3. Der Verein ist auch Mitglied in seinem Regional- und Landesverband. Aus der Mitgliedschaft des Vereins in Regional- und Landesverband, die ihrerseits Mitglieder des DFB sind, und den in den Satzungen dieser Verbände enthaltenen Bestimmungen über die Maßgeblichkeit von DFB-Satzung und DFB-Ordnungen folgt ebenfalls die Verbindlichkeit dieser Bestimmungen des DFB in ihrer jeweiligen Fassung für den Verein und seine Mitglieder.

II. Mitgliedschaft

§ 6 Mitglieder

1. Der Verein hat ordentliche und außerordentliche Mitglieder.

2. Ordentliche Mitglieder sind:

- a) Mitglieder über 18 Jahre
- b) Ehrenmitglieder

Die Ehrenordnung regelt, wer Ehrenmitglied werden kann. Die Ehrenordnung ist nicht Bestandteil dieser Satzung.

3. Außerordentliche Mitglieder sind:

- a) Jugendliche unter 18 Jahren (Minderjährige)
- b) Fördernde Mitglieder (auch juristische Personen)

4. Bei Personen, die zum Verein in einem Dienstverhältnis stehen, ruhen die Rechte als ordentliches Mitglied, ausgenommen § 8 Abs. 1.

§ 7 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden.

2. Zum Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag erforderlich. Minderjährige bedürfen der schriftlichen Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters.

3. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Das Mitglied gilt durch Zustellung des Mitgliedsausweises als aufgenommen. Eine Ablehnung der Mitgliedschaft bedarf keiner Begründung.

4. Die Aufnahme verpflichtet zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages, der vom Verein mittels Lastschriftverfahren erhoben wird. Gleichzeitig unterwirft sich das Mitglied der

Satzung und den Ordnungen des Vereins sowie den Vorschriften der Verbände, denen der Verein angehört.

§ 8 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder haben das Recht, gem. der Satzung und den sonstigen Anordnungen am Vereinsleben teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu benutzen.
2. Ab Vollendung des 18. Lebensjahres haben die Mitglieder Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung und sind wählbar, in Organe des Vereins jedoch erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres, sofern in dieser Satzung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
3. Jedes Mitglied hat in seinem Verhalten zum Verein, zu dessen Mitgliedern und zu den Organen/Organmitgliedern Ehre und Ansehen zu achten.
4. Den Anordnungen des Vorstandes und der von ihm bestellten Ausführungsorgane und Ausschüsse haben die Mitglieder in allen Angelegenheiten der Sicherheit und Ordnung des Vereins Folge zu leisten.
5. Mitglieder sind nach Maßgabe dieser Satzung beitrags- und gebührenpflichtig. Näheres bestimmt die Beitragsordnung, die nicht Bestandteil der Satzung ist.
6. Der Mitgliedsbeitrag ist hälftig jeweils zum 01.01. und 01.07. des Geschäftsjahres fällig. Er gilt in der Summe für ein Geschäftsjahr und wird immer im Voraus mittels Lastschriftinzugsverfahrens vom Verein erhoben. Eine Rückerstattung bei vorzeitigem Ausscheiden ist ausgeschlossen.

§ 9 Dauer und Erlöschen der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem 1. des Monats, in dem der Aufnahmeantrag gestellt wurde und dauert mindestens 1 Jahr.
2. Die Mitgliedschaft erlischt:
 - a) nach schriftlicher Austrittserklärung an den Vorstand. Ein freiwilliger Austritt eines Mitglieds ist nur zum Ende eines Geschäftsjahres und unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat (Datum des Poststempels) möglich.
 - b) durch Tod
 - c) wenn der Mitgliedsbeitrag innerhalb gesetzter Fristen nicht geleistet wird
 - d) durch Ausschluss aus wichtigem Grund.

Der Antrag auf Ausschluss kann von jedem ordentlichen Mitglied unter Angabe von Gründen, möglichst unter der Angabe oder Vorlage von Beweismitteln beim Vorstand gestellt werden. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder und des Vorsitzenden des Ältestenrates. Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich niederzulegen und dem Betroffenen durch eingeschriebenen Brief zur Kenntnis zu bringen. Der Betroffene kann innerhalb zwei Wochen nach Zugang des Bescheids Einspruch einlegen. Danach trifft der Aufsichtsrat eine endgültige Entscheidung.

III. Organe - Ausschüsse

§ 10 Vereinsorgane sind:

1. Die Mitgliederversammlung
2. Der Aufsichtsrat
3. Der Vorstand
4. Der Ältestenrat
5. Der Wahlausschuss

Die Tätigkeit der jeweiligen Organe richtet sich nach dieser Satzung und den Geschäftsordnungen innerhalb der jeweiligen Organe. Mitglied eines Kontroll-, Geschäftsführungs- und/oder Vertretungsorgans des Vereins kann nicht sein, wer Mitarbeiter oder Mitglied von Organen von Unternehmen ist, die zu mehreren Vereinen oder Tochtergesellschaften der Lizenzligen bzw. Muttervereinen oder mit diesen Vereinen oder Gesellschaften verbundenen Unternehmen in wirtschaftlich erheblichem Umfang in vertraglichen Beziehungen im Bereich der Vermarktung, einschl. des Sponsorings oder des Spielbetriebs stehen. Hierbei gelten Konzerne und die ihnen angehörigen Unternehmen als ein Unternehmen. Mitglied eines Kontroll-, Geschäftsführungs- und/oder Vertretungsorgans des Vereins kann ebenfalls nicht sein, wer Mitglied eines solchen Organs bei anderen Vereinen oder Tochtergesellschaften der Lizenzligen oder eines Muttervereins ist.

- a) Die Tätigkeit in den Organen ist zu 1./2./4. und 5. ehrenamtlich.
- b) Kein Mitglied kann gleichzeitig mehreren Organen angehören mit Ausnahme der Mitgliederversammlung.
- c) Bei der Annahme eines neuen Amtes in einem neuen Organ endet automatisch ein bisher innegehabtes Amt in einem anderen Organ.
- d) Die Amtsdauer für ein Ehrenamt im Verein beläuft sich, soweit in dieser Satzung keine andere Regelung getroffen ist, grundsätzlich auf zwei Jahre. Bei Ausscheiden eines Mitglieds ist bei der nächsten Mitgliederversammlung eine Nachwahl durchzuführen. Sollte jedoch nur noch ein Mitglied im Amt sein, ist unverzüglich eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die eine Nachwahl durchführt. Die Amtszeit des dabei gewählten Mitgliedes dauert in diesem Fall eben so lange, wie die Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds betragen hätte. Bis zur Wahl des neuen Mitglieds bleibt der alte Amtsinhaber im Amt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

§ 11 Mitgliederversammlung:

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Beschlussorgan des Vereins. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder sowie Ehrenmitglieder. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Der Vorstand hat alle stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung, des Zeitpunktes und des Ortes durch einfachen Brief einzuladen. Die Einladungsfrist beträgt drei Wochen ab Absendung der Einladung. Die ordentliche Mitgliederversammlung muss jeweils innerhalb der ersten fünf Monate eines jeden Geschäftsjahres stattfinden.

2. Anträge von ordentlichen Mitgliedern zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung müssen spätestens 7 Tage vor der Versammlung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden und von mindestens drei stimmberechtigten Mitgliedern unterschrieben sein. Diese Anträge sind in die Tagesordnung mit aufzunehmen. Später eingehende Anträge dürfen, soweit sie nicht Abänderungs- oder Gegenanträge zu einem vorliegenden Antrag sind, nur als Dringlichkeitsantrag behandelt werden.

3. Der Mitgliederversammlung obliegen:

- 1.) die Entgegennahme der Berichte des Aufsichtsrates und des Vorstandes,
- 2.) die Entlastung des Vorstandes,
- 3.) die Entlastung des Aufsichtsrates,
- 4.) die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder gem. § 18 Ziff. 1 a auf Vorschlag des Wahlausschusses,
- 5.) die Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses auf Vorschlag des Ältestenrates,
- 6.) die Wahl der Mitglieder des Ältestenrates,
- 7.) die Entscheidung über die eingereichten Anträge,
- 8.) die Entscheidung über Änderungen der Satzung,
- 9.) die Entscheidung über die Auflösung des Vereins.

4. Anträge zur Mitgliederversammlung müssen mindestens zwei Wochen vor dem Termin der Versammlung schriftlich über die Geschäftsstelle zugehen und begründet sein. Missbräuchliche Anträge kann der Vorstand zurückweisen. Abgelehnte Anträge sind in der Mitgliederversammlung den Mitgliedern bekannt zu geben. Die Mitgliederversammlung kann mit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen abgelehnte Tagesordnungspunkte dennoch zur Aussprache und Beschlussfassung zulassen, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Während der Mitgliederversammlung können Anträge der Mitglieder, soweit es sich nicht um Änderungs- oder Ergänzungsanträge zu einem Tagesordnungspunkt handelt, nur mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem Versammlungsleiter (im Regelfall der Aufsichtsratsvorsitzende), bei dessen Abwesenheit dem Stellvertreter.

Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen. Dies ist von dem Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

5. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann jederzeit vom Vorstand mit einstimmigem Beschluss und/oder vom Aufsichtsrat mit Mehrheitsbeschluss einberufen werden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss vom Vorstand unverzüglich einberufen werden, wenn mindestens 30 % der stimmberechtigten Mitglieder dies schriftlich mit Angabe des Grundes beantragen.

Angelegenheiten, die in der ordentlichen Mitgliederversammlung behandelt und durch Beschlüsse verabschiedet worden sind, können Anlass zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung sein, wenn seit der Beschlussfassung ein neuer Sachverhalt eingetreten ist. Die Einladung der Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung erfolgt mit einer Frist von einer Woche. Für die Formalien gilt die gleiche Regelung wie für die ordentliche Mitgliederversammlung jedoch mit der Maßgabe, dass Tagesordnungspunkte einer außerordentlichen nur solche sein können, die zu ihrer Einberufung geführt haben. Anträge zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung müssen spätestens eine Woche vor der Versammlung auf der Geschäftsstelle eingegangen sein. Jede Mitgliederversammlung,

gleichgültig ob es sich um eine ordentliche oder außerordentliche Versammlung handelt, ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern die Satzung oder Gesetze keine andere Mehrheit vorschreiben. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Stellvertretung ist nicht gestattet, Briefwahl ist nicht möglich.

§ 12 Tagesordnung

Die Tagesordnung der Jahreshauptversammlung muss enthalten:

- 1.) Bericht des Vorstandes einschl. Jahresabschluss und Finanzplanung
- 2.) Bericht des Aufsichtsrates
- 3.) Aussprache zu den Berichten
- 4.) Entlastung des Vorstandes
- 5.) Entlastung des Aufsichtsrates
- 6.) In den Wahljahren zusätzlich:
 - Wahl des Ältestenrates
 - Wahl des Wahlausschusses
 - Wahl der Aufsichtsratsmitglieder gem. § 14 Ziff. 1 a
- 7.) Anträge
- 8.) Verschiedenes

§ 13 Wahlausschuss:

Der Wahlausschuss besteht aus drei Vereinsmitgliedern, die mindestens 40 Jahre alt sind und fünf Jahre und länger als Mitglied dem Verein angehören müssen. Die Mitglieder des Wahlausschusses sind auf Vorschlag des Ältestenrates von der Mitgliederversammlung zu wählen. Dem Wahlausschuss obliegt es, der Mitgliederversammlung geeignete Kandidaten für den Aufsichtsrat gem. § 14 Ziff. 1 a zur Bestätigung vorzuschlagen. Scheidet ein Mitglied aus dem Wahlausschuss aus, so wird für dieses Mitglied ein Ersatzmitglied auf der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung für die restliche Amtsperiode nachgewählt.

Vorschläge für die Kandidaten zum Aufsichtsrat können die Mitglieder des Vereins bis zwei Wochen vor der jeweiligen Mitgliederversammlung über den Vorstand beim Wahlausschuss einreichen. Die Haftung der Mitglieder des Wahlausschusses ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

§ 14 Aufsichtsrat:

1. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 5, maximal 7 Personen mit Stimmrecht.

a) Fünf ordentliche Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Mitgliederversammlung aufgrund von durch den Wahlausschuss der Mitgliederversammlung zu unterbreitenden Vorschlägen gewählt. Diese müssen Mitglieder des Vereins sein. Sie werden einzeln gewählt. Scheidet eines dieser Mitglieder im Verlaufe der Amtszeit aus und wird dadurch der Aufsichtsrat beschlussunfähig, hat der verbleibende Aufsichtsrat eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum Zwecke der Nachwahl einzuberufen.

b) Die von der Mitgliederversammlung gem. Ziff. 1a) gewählten Aufsichtsratsmitglieder können bis zu zwei weitere, ordentliche Aufsichtsratsmitglieder benennen. Die benannten Aufsichtsratsmitglieder sind der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung bekannt zu geben.

2. Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand. Wird ein Mitglied des Aufsichtsrates zum Vorstand bestellt, scheidet dieses aus dem Aufsichtsrat aus.

3. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehört es, die Geschäftsführung des Vereins zu überwachen. Hierzu bestellt er im Einvernehmen mit dem DFB einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer, der einmal jährlich den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und den Lagebericht prüft, wobei zu beachten ist, dass die Person des Wirtschaftsprüfers spätestens nach Ablauf des zehnten Jahres wechseln muss. Das Ergebnis der Prüfung gibt der Aufsichtsrat der Mitgliederversammlung bekannt.

4. Der Aufsichtsrat prüft und genehmigt den dem DFB vorzulegenden Finanzplan des Vorstandes. Über den Ansatz im Finanzplan hinausgehende Ausgaben bedürfen der Genehmigung des Aufsichtsrates. Gleiches gilt für den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, für die Übernahme von Bürgschaften und von Mitverpflichtungen für Verbindlichkeiten Dritter, für den Abschluss von Darlehensverträgen und Stundungsvereinbarungen nebst zugehörigen Sicherungsgeschäften, für die Übernahme von Beteiligungen sowie für Investitionen und Rechtsgeschäfte mit einer Laufzeit von mehr als 2 Jahren oder bei denen der Wert des Leistungsaustausches einen Betrag von mehr als EUR 50.000,00 im Wirtschaftsjahr übersteigt und auch für den Abschluss von Verträgen, die eine Zahlungspflicht von mehr als EURO 25.000,00 p.a. beinhalten. Der Aufsichtsrat kann mit einer Mehrheit von 2/3 beschließen, dass weitere einzelne oder der Art nach gleiche Rechtsgeschäfte seiner Zustimmung bedürfen. Diese Regelung soll lediglich das Innenverhältnis betreffen.

5. Der Aufsichtsrat wählt aus der Mitte der gemäß Ziff. 1 a) gewählten Mitglieder einen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter. Sitzungen des Aufsichtsrates finden nach Bedarf, mindestens jedoch vierteljährlich statt. Zu ihnen ist mit einer Frist von mindestens einer Woche zu laden.

6. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens 51% seiner stimmberechtigten Mitglieder und mindestens 3 aus den gem. Ziff. 1a) gewählten Mitgliedern anwesend sind. Die Beschlüsse des Aufsichtsrates werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des Stellvertreters. Aufsichtsratsmitglieder haben in eigenen Angelegenheiten kein Stimmrecht. Der Aufsichtsrat vertritt den Verein gegenüber dem Vorstand.
Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

7. Der Aufsichtsrat richtet einen Beirat ein. Dem Beirat sollten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Region angehören. Der Beirat hat die Aufgabe, sich für die Ziele des Vereins einzusetzen und die Aktivitäten des Vereins zu begleiten.

8. Der Aufsichtsrat haftet dem Verein nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

§ 15 Vorstand:

1. Der Vorstand im Sinne von § 26 BGB besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Mitgliedern. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder bestimmt in vorgenannten Grenzen der Aufsichtsrat nach pflichtgemäßem Ermessen. Der Vorstand arbeitet haupt- bzw. ehrenamtlich. Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die vom Aufsichtsrat zu genehmigen ist.
2. Mitglieder des Vorstandes werden vom Aufsichtsrat bestellt und können aus wichtigem Grund vom Aufsichtsrat vorzeitig abberufen werden.
3. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich von jeweils zwei gemeinschaftlich handelnden Vorstandsmitgliedern vertreten. Ein Vertretungsausschluss gilt bei Selbstbeteiligung.
4. Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat in das Ehrenamt gewählt und durch Auftrag berufen oder aufgrund eines Dienstvertrages haupt- bzw. nebenberuflich verpflichtet. Ehrenamtliche Vorsitzende werden für jeweils zwei Jahre und erforderlichenfalls mit überschneidender Wahlperiode gewählt. Sie haben die Möglichkeit, ihr Amt jederzeit niederzulegen. Haupt- bzw. nebenberufliche Vorstandsmitglieder gehören nach Maßgabe ihrer Berufung sowie ihres Dienstvertrages dem Vorstand an. Der Vertretungsvorstand (§ 26 BGB) bleibt jedoch so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt bzw. bestellt worden ist. Vorstandsmitglieder unterliegen der Haftungsbefreiung bei leichter Fahrlässigkeit.
5. Der Vorstand leitet den Verein eigenverantwortlich, hierbei ist die Sorgfaltspflicht einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung zu beachten. Bei Verletzung dieser Sorgfaltspflicht sind die Mitglieder des Vorstandes dem Verein gegenüber zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens gesamtschuldnerisch verpflichtet.
6. Der Vorstand kann zu seiner Unterstützung haupt- und nebenamtliche Kräfte einsetzen sowie Ausschüsse bilden.
7. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, bestellt der Aufsichtsrat unverzüglich einen Nachfolger.
8. Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die jedes Vorstandsmitglied einberufen darf. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Vorstand kann zu den Beratungen sachkundige Personen hinzuziehen. In eilbedürftigen Angelegenheiten können Beschlüsse auch schriftlich, fernschriftlich, fernmündlich beschlossen werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Der Vorstand entscheidet mehrheitlich. Näheres regelt die vom Aufsichtsrat zu genehmigende Geschäftsordnung für den Vorstand, die nicht Bestandteil der Satzung ist.
9. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat mindestens vierteljährlich zu berichten. Dies gilt insbesondere bei drohenden Verlusten, Überschuldung, Zahlungsunfähigkeit und/oder Verstoß gegen Lizenzauflagen.
10. Der Vorstand erstellt den jährlichen Finanzplan, den Jahresabschluss und den Bericht über die wirtschaftliche Lage des Vereins.

§ 16 Ältestenrat:

1. Der von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre zu wählende Ältestenrat muss mindestens aus drei Mitgliedern, jedoch höchstens aus sieben Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder

des Ältestenrates müssen zur Zeit ihrer Wahl dem Verein mindestens fünf Jahre angehören und sie müssen das 40. Lebensjahr vollendet haben. Ein Ältestenratmitglied kann kein Mitglied im Vorstand oder Aufsichtsrat sein. Der Ältestenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

2. Dem Ältestenrat obliegt die Pflege guter Beziehungen der Vereinsmitglieder untereinander, der Vereinstradition und des Ehrenamtes. Insbesondere sollen persönliche Angelegenheiten und Differenzen der Organe des Vereins im Vereinsinteresse außergerichtlich von ihm geschlichtet werden. Der Vorsitzende des Ältestenrates oder sein Stellvertreter sind bei Ehrungsvorschlägen und Ausschlussverfahren aus dem Verein mit Stimmrecht zu beteiligen. Der Ältestenrat erstellt eine mit dem Vorstand abzustimmende Ehrenordnung, die nicht Bestandteil der Satzung ist.

§ 17 Haftung

Die Haftung des Vereins ist gegenüber Mitgliedern auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

§ 18 Sonstige Bestimmungen

1. Salvatorische Klausel

Bei Unwirksamkeit von Teilen in dieser Satzung enthaltener Bestimmungen bleiben die nicht betroffenen Satzungsbestimmungen unberührt.

2. Sonstiges

Die Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. Vorher geltende Satzungen werden außer Kraft gesetzt.

Kassel, 26.05.2010

Jens Rose
Vorstand

Albrecht Striegel
Vorstand